



HESSISCHER LANDTAG

18. 06. 2010

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Pauly-Bender (SPD) vom 10.05.2010

**betreffend Verringerung des Verkehrs in Rödermark-Urberach
durch den Ausbau der K-L-Trasse**

und

Antwort

des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Vom Ausbau der sogenannten KL-Trasse, die von der B 45 bei Eppertshausen (Kreis Darmstadt-Dieburg) über die Landesstraße 3317 und die Kreisstraße 180 nach Dreieich/Offenthal (Kreis Offenbach) führt, erhofft sich die Stadt Rödermark seit vielen Jahren eine Verringerung des Verkehrs in ihrem Stadtteil Urberach.

Diese Vorbemerkung der Fragestellerin vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie beurteilt die Hessische Landesregierung die Verkehrsbelastung Urberachs?

Die letzten Verkehrserhebungen in der Ortsdurchfahrt von Rödermark/Urberach wurden im Rahmen einer Verkehrsuntersuchung der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung (HSVV) im Mai 2006 durchgeführt.

Im Ergebnis wurde im Ortsteil Urberach ein relativ ausgeglichenes Verhältnis von Ziel-/Quellverkehr (46 v.H.) zum Durchgangsverkehr (54 v.H.) festgestellt.

In der Ortsdurchfahrt von Rödermark/Urberach im Zuge der B 486 wurde für das Jahr 2005/2006 eine Verkehrsbelastung von 10.800 Kfz/24h ermittelt. Diese Belastung der Ortsdurchfahrt liegt damit im Durchschnitt der Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet.

Frage 2. Welche Vorschläge bzw. Vorstellungen für Verkehrsentlastungen/Ortsumfahrungen Urberachs wurden von wem an die Hessische Landesregierung herangetragen?

Das Angebot für Untersuchungen der K-L-Trasse wurde im Jahr 2008 dem Bürgermeister der Stadt Rödermark, Herrn Roland Kern, unterbreitet. Grundlage dieser Initiative waren Untersuchungen der HSVV im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens der Ortsumgehung Dreieich/Offenthal im Zuge der B 486, aus denen hervorging, dass die K-L-Trasse geeignet sein könnte, die Mehrbelastung in der Ortsdurchfahrt von Rödermark/Urberach aufzunehmen.

Frage 3. Welche Entlastungsstrategie, Ortsumgehung und/oder KL-Trasse hält sie in naher Zukunft für aussichtsreich?

Die beste Lösung für eine maximale Entlastung von Rödermark/Urberach wäre eine Ortsumgehung im Zuge der B 486. Dieses Projekt ist aber im aktuellen Bedarfsplan des Bundes für den weiteren Bedarf mit dem Hinweis eines hohen ökologischen Risikos enthalten. Daraus ergibt sich für das Land Hessen zurzeit kein Planungsauftrag, so dass eine Umsetzung erst langfristig zu erwarten ist.

Wie in der Antwort zu Frage 2 bereits dargelegt, könnte die K-L-Trasse geeignet sein, die Mehrbelastung in Rödermark/Urberach zu kompensieren und sie wäre eine Lösung, die kurzfristig umgesetzt werden könnte.

Frage 4. Trifft es zu, dass die HSVV festgestellt hat, dass der Ausbau der KL-Trasse zu einer Entlastung Urberachs führen könnte?
Welche Folgen hat diese Feststellung für die Planungen und das Handeln der Hessischen Landesregierung in Bezug auf die KL-Trasse?

Es trifft zu, dass durch eine Verbesserung der Straßenverbindung der K-L-Trasse diese geeignet sein könnte, die Mehrbelastung der Ortsdurchfahrt von Rödermark/Urberach aufzunehmen.

In einer Besprechung im August 2009 im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) wurden den betroffenen Kommunen und Landkreisen von der Fachabteilung alle notwendigen Arbeitsschritte zur Untersuchung der Wirksamkeit der K-L-Trasse erläutert.

In einem Eckpunktepapier wurden sie zusammengefasst und die weitere Vorgehensweise nach Vorliegen dieser Studie ausgeführt. Zur Dokumentation der einvernehmlich vereinbarten Vorgehensweise sollte allen beteiligten Gebietskörperschaften dieses Eckpunktepapier zur Unterzeichnung zugeleitet werden.

Diese Zustimmung der Beteiligten war Voraussetzung für die weitere Vorgehensweise, da die geplanten Verkehrsverlagerungen nicht nur eine Entlastung für den Ortsteil von Rödermark, sondern auch Mehrbelastungen für die Gemeinden Messel und Eppertshausen mit sich brächte. Die Kosten für bauliche Veränderungen an der K-L-Trasse wären von den betroffenen Baulastträgern zu tragen. So wäre zumindest der Landkreis Darmstadt-Dieburg als Kostenträger beteiligt.

Frage 5. Ist sie bereit, die von vier Fraktionen in der Rödermarker Stadtverordnetenversammlung geforderten "qualifizierten Untersuchungen und Prüfungen für eine Realisierung der KL-Trasse" zu beginnen?

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Messel stimmte dem Eckpunktepapier nicht zu, mit der Begründung, dass die Mehrbelastung auf der K-L-Trasse von der Bevölkerung in Messel abgelehnt werde. Damit war eine Zustimmung für das Projekt nicht gegeben.

Die verstärkte Nutzung der K-L-Trasse wäre mit Verlagerungen von Belastungen in benachbarte Kommunen sowie Kostenverpflichtungen beteiligter Baulastträger verbunden. Eine übereinstimmende Willenserklärung war daher für alle Beteiligten die Voraussetzung für die weitere Untersuchung der K-L-Trasse.

Frage 6. Wenn ergänzende Auflagen zum Planfeststellungsbeschluss zugunsten Urberachs nicht mehr möglich sind, welche anderen Möglichkeiten zur Entlastung Urberachs vom Durchgangsverkehr sieht die Landesregierung?

Siehe Antwort zu Frage 3.

Frage 7. Ist sie bereit, eine Einigung zwischen den betroffenen Kommunen und Kreisen auf eine Optimierung der Trasse zu moderieren?

Die Hessische Landesregierung hat, wie in der Antwort zur Frage 4 dargestellt, die Möglichkeiten der Entlastung von Rödermark/Urberach aufgezeigt und den Entscheidungsprozess aller beteiligten Gebietskörperschaften seit Sommer 2009 begleitet. Trotzdem konnten aus den genannten Gründen nicht alle Beteiligten dem Vorhaben zustimmen, so dass die Möglichkeiten der Moderation ausgeschöpft sind.

Wiesbaden, 10. Juni 2010

Dieter Posch